

sei, bessere Preise zu bezahlen. Man müsse eben beiderseits aufeinander Rücksicht nehmen und sich verständigen.

Diesen Ausführungen stimmen verschiedene Herren ausdrücklich zu. Herr Dr. *Cohn* bemerkt, daß es zu einer Verwirrung aller Rechtsbegriffe führen würde, wenn den Lieferanten bei derartigem Vorgehen nicht Widerstand geleistet würde. Ausfälle und erhöhte Unkosten hätten wir jetzt alle, in besonders hohem Maße die Zeitungs- und Zeitschriftverleger. Wenn der Krieg schon längst zu Ende gegangen wäre, so hätten sicher die Papierfabrikanten verlangt, daß die Abnehmer die während des Krieges bewilligten höheren Preise weiter bezahlen.

Im weiteren Verlaufe der Erörterung kommen noch einige andere Fälle von Streitigkeiten zwischen Papierfabrikanten und ihren Abnehmern zur Sprache. Es wird betont, daß unter Umständen das Vorgehen der Lieferanten als wucherisch bezeichnet werden müßte. Ob die geforderten Preiserhöhungen berechtigt seien, könnten die Abnehmer unter Umständen nachrechnen, und es ergebe sich nicht selten, daß die Aufschläge viel größer seien als das Mehr an Unkosten. Das seien Auswüchse, denen man entgegentreten müsse. Ob man die geforderten Mehrpreise bewilligen könne, müsse immer auch davon abhängig gemacht werden, ob eine Abwälzung auf die eigenen Abnehmer möglich sei. Das einseitige Diktieren von Preisauflagen bei Abschlüssen sei aber nur geeignet, die Abnehmer zu reizen.

Zum Beweise, daß nicht einmal die höchsten amtlichen Stellen sich bereit finden lassen, auf laufende Schlüsse in fertigen Papierwaren einen Zuschlag zu gewähren, wird ein Bescheid einer Zentralbehörde herumgezeigt, in dem es heißt:

„Ihrem Antrag auf Bewilligung eines Zuschlages von 8 v. H. auf den in dem Verträge vom ... März 1914 vereinbarten Preis für ... vermag ich zu meinem Bedauern aus grundsätzlichen Erwägungen nicht stattzugeben.“

Herr *Reuther* betont, daß bei den im Verein der Papierfabrikanten beschlossenen Kriegsaufschlägen wohl vorausgesetzt worden sei, daß diese Aufschläge von beiden Seiten bewilligt werden. Von Bedeutung sei, daß die schweflige Säure für die Zellstoffabriken wesentlich teurer geworden sei und von Monat zu Monat knapper werde, was der Hauptgrund für die Forderung erhöhter Preise für die Zellstoffpapiere sei. Verbraucher und Händler sollten sich über die Vorräte vergewissern, dann würde vielleicht eher eine Verständigung erfolgen, denn die Hauptsache bleibt, in dieser schweren Zeit zusammen zu stehen und bis zum Ende zusammen zu halten.

Herr Kommerzienrat *Steinbock* begrüßt es, daß gerade im Kriegsausschuß die Möglichkeit zu derartigen Aussprachen gegeben sei, die nur heilsam wirken können. Man müsse sich immer fragen, ob eine Berechtigung zu Preiserhöhungen vorliege oder eine Ausnützung der Sachlage, die als Erpressung aufzufassen sei.

Es wird beschlossen, der anfragenden Firma unter Hinweis auf den Sonderabdruck aus der Niederschrift der Sitzung des Kriegsausschusses vom 30. Januar 1915 zu antworten, daß die Rechtslage insofern völlig klar sei, als die Papierfabrik X einen Anspruch auf Bewilligung eines weiteren Preiszuschlages nicht habe. Es müsse aber der anfragenden Firma überlassen werden, ob sie den Rechtsweg beschreiten oder sich mit ihrem Lieferanten verständigen wolle.

Herr Dr. *Hankwitz* empfindet es als einen schweren Uebelstand, daß die Behörden gegenüber den Anträgen auf Bewilligung höherer als der vertragsmäßigen Preise in der Regel ablehnend antworten. Der Verein Deutscher Papierfabrikanten habe deshalb auch schon eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, um eine allgemeine Anweisung der nachgeordneten Behörden dahin herbeizuführen, daß berechtigten Wünschen der Lieferanten Rechnung getragen werde. Redner empfiehlt, daß auch der Kriegsausschuß in gleichem Sinne vorgehe.

Herr *Bergmann* spricht sein Bedauern aus, daß diese Eingabe schon abgegangen ist. Gerade hier wäre eine besondere Gelegenheit gewesen, die Einmütigkeit von Papierfabrikanten, Papierverarbeitern und Händlern zum Ausdruck zu bringen.

Herr Dr. *Hankwitz* bemerkt, daß der Kriegsausschuß die Angelegenheit besonders vom Standpunkt der Wiederverkäufer und Verarbeiter bearbeiten könnte.

Im Sinne der Anregung des Herrn Dr. *Hankwitz* wird beschlossen, eine Eingabe an die zuständige Stelle zu richten.

Die Herren *Braunwarth* und *Krügel* machen nähere Mitteilungen über das Vorgehen der Briefordner-Konvention, die auch auf die alten Verträge einen Preisauflage festgesetzt hat.

Dadurch sei eine große Erregung unter den Abnehmern der Konvention entstanden. Von einer Berechtigung der einseitigen Festsetzung derartiger Preisauflagen könne natürlich keine Rede sein.

Diese Ausführungen finden Zustimmung.

6. Beschlagnahme von Metallen.

Herr Direktor *Kraemer* berichtet über die auch das graphische Gewerbe angehende Bekanntmachung vom 1. Mai 1915 betr. Bestandsmeldung und Beschlagnahme von Metallen. Zu irgendwelchen Beunruhigungen liege noch kein Anlaß vor. Es sei nicht zu befürchten, daß die der Beschlagnahme unterliegenden Schriften, Stereotypplatten, Galvanos, Tiefdruckwalzen und -Platten, Messinglinien und dergleichen weggenommen werden, sondern man wolle sich amtlicherseits nur vergewissern, was da ist, und gewissen Spekulationen einen Riegel vorschieben. Wichtig sei es namentlich zu wissen, was noch an Kupfervorräten vorhanden sei, namentlich da sich die Beschlagnahme vom 31. Januar 1915 in dieser Beziehung zum großen Teil als unwirksam erwiesen habe.

7. Das geplante Zigarettenmonopol.

Herr *Süskind* befürchtet, daß das geplante Zigarettenmonopol zu einer schweren Schädigung der Papierverarbeitung führen wird, da der Staat voraussichtlich bei der Aufmachung und Verpackung der Zigaretten und bei der Reklame wesentliche Ersparnisse zu erzielen versuchen wird. Da das Zigarettenmonopol wahrscheinlich sofort nach dem Kriege kommen werde, empfiehlt Redner, an die zuständige Stelle schon jetzt eine Eingabe zu richten, daß die etwa beabsichtigte Einführung des Monopols erst ein bis zwei Jahre nach Friedensschluß erfolgt und nichts geschieht, was den beteiligten Gewerben zu schaden geeignet sei.

Herr Syndikus *Hager* hält es für ausgeschlossen, daß sogleich nach dem Kriege das Zigarettenmonopol fertig wird. Er empfiehlt, die Angelegenheit im Auge zu behalten und erforderlichenfalls wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Dann sei noch genügend Zeit vorhanden, eine Eingabe an die Regierung zu richten, in der man zum Ausdruck zu bringen hätte, daß für die Einschränkung der Reklametätigkeit und der Aufwendungen an Verpackung und Aufmachung eine entsprechende Uebergangsfrist zu beobachten und jede Aenderung gegenüber dem bisherigen Zustand mit möglicher Schonung der beteiligten Kreise vorzunehmen sei.

Die Versammlung tritt diesen Vorschlägen bei.

8. Verschiedenes.

a) Eine Papierwarenfabrik hat dem Kriegsausschuß einen Fall unlauteren Wettbewerbs unter Einsendung der darüber gewechselten Briefe unterbreitet und um Stellungnahme gebeten. Da diese Angelegenheit mit dem Krieg nichts zu tun hat, wird davon abgesehen, auf die Einzelheiten einzugehen.

b) Eine mitteldeutsche Papierwarenfabrik hat eine Auskunft über die Verwertung von Kundenwechseln auf Deutschland erbeten, die ihr von einer nach Ausbruch des Krieges von Paris nach Zürich übergesiedelten französischen Firma, deren Inhaber Schweizer ist, angeboten worden sind. Es wird beschlossen, die Frage dem großen Kriegsausschuß vorzulegen.

c) Herr Syndikus *Hager* beantragt, der im Auftrage des Reichsamts des Innern herausgegebenen Bibliographie der Staatswissenschaften alle Nummern der Papier-Zeitung, in welchen Niederschriften der Verhandlungen des Kriegsausschusses erschienen sind, zu überweisen. Der Antrag wird angenommen.

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende:
Carl Rudolf Bergmann

Der derzeitige Schriftführer:
Eugen Hager

Preiserhöhung für Wollfilze

Düren (Rheinland), 17. Mai 1915
Hohenzollernstr. 46

Infolge ganz abnormer Steigerung der Wollpreise und der sonstigen Materialien hat unsere Vereinigung in der heute zu Frankfurt a. M. abgehaltenen Versammlung eine Erhöhung der Wollfilzpreise um durchweg 40 v. H. beschlossen.

Vereinigung Deutscher Filztuchfabrikanten

(Bereits in unserer Nr. 40 unter „Geschäfts-Nachrichten“ gemeldet.)